

Unterschriftsbogen für die Zustimmung zum Volksbegehren über ein klimaneutrales Berlin ab 2030

**Name und
Anschrift
der Trägerin:** **Klimaneustart Berlin**
c/o bUm, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin
Internet: Berlin2030.org
E-Mail: info@klimaneustart.berlin

Wesentlicher Inhalt des Volksbegehrens:

Das Volksbegehren hat das Ziel, das Land Berlin durch Änderung des Berliner Energiewendegesetzes zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030 zu verpflichten. Um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, soll Berlins Treibhausgasbilanz nach 2030 keine Netto-Emissionen mehr aufweisen. Dazu sollen die im geltenden Recht vorgesehenen Klimaschutzziele und -maßnahmen verschärft werden. Es sind im Wesentlichen folgende Regelungen vorgesehen:

- Verminderung der CO₂-Emissionen bis 2025 um 70 % und bis 2030 um 95 % gegenüber 1990
- Einbeziehung aller sonstigen Treibhausgasemissionen, nicht nur von CO₂
- Erstattung infolge des Gesetzes eintretender Erhöhungen der Nettowarmmiete für Wohnraum bis 2050 durch einen monatlichen Zuschuss aus dem Landeshaushalt
- Änderung verwendeter Begrifflichkeiten („Klimaschutzverpflichtungen“ statt „Klimaschutzziele“, „Erfüllung“ statt „Erreichung“)

Der Gesetzentwurf mit Begründung ist unter www.berlin.de/wahlen abrufbar.

Amtliche Kostenschätzung:

Auf Grundlage des reinen Änderungsentwurfs zum EWG Bln lassen sich die Kosten für das Land Berlin nicht seriös beziffern. Diese sind u.a. abhängig von den Klimaschutzambitionen und Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene. Nach konservativer Schätzung muss für die Erreichung der Klimaneutralität in Berlin bis 2030 mit gesamtwirtschaftlichen Investitionskosten mindestens in hoher zweistelliger Milliardenhöhe gerechnet werden. Welcher Anteil davon aus dem Landeshaushalt zu finanzieren wäre, kann gegenwärtig nicht abgeschätzt werden. Kostenmindernd wirken langfristig vermiedene Klimaschäden, Energieeinsparungen und potentielle positive Arbeitsplatzeffekte, die ebenfalls nicht unmittelbar zu beziffern sind.

Unterstützungsunterschrift Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Ich stimme dem Volksbegehren zu.

Familienname _____

Vorname(n) _____ Geburtsdatum _____

Anschrift _____

im Melderegister verzeichnete alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort)

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Wichtige Hinweise:

Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d. h. alle Deutschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mindestens seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung im Melderegister verzeichnet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Fehlende, unvollständige, fehlerhafte, unleserliche oder nicht handschriftliche Angaben können die Unterschrift ungültig machen. Ungültig sind auch Eintragungen, die Zusätze oder Vorbehalte enthalten, nicht fristgerecht erfolgen oder eingereicht werden oder mit Telefax oder elektronisch übermittelt werden.

Diese Unterschriftsliste und die Eintragungen dürfen nur zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung durch das Bezirksamt verwendet werden.

Alle Unterschriftsbögen und -listen müssen von der Trägerin oder den Stimmberechtigten bis zum Ende der Auslegungsfrist, also **bis 14. November 2022**, bei einem Bezirkswahlamt oder bei der Landesabstimmungsleitung eingereicht werden. Später zugegangene Unterschriften können nicht mehr berücksichtigt werden.

Das Volksbegehren ist erfolgreich, wenn mindestens 7 % der Stimmberechtigten (ca. 175.000 Personen) zustimmen.

Eine Rücknahme der Unterstützungserklärung ist nicht zulässig. Stimmberechtigte haben gegenüber dem Bezirksamt während des laufenden Verfahrens zur Gültigkeitsprüfung einen Anspruch auf Auskunft, ob zu ihnen ein Datensatz im IT-Verfahren gespeichert ist. Es besteht kein Anspruch auf Auskunft aus dem schriftlichen Bestand von Unterstützungserklärungen. Unterstützungserklärungen, die der Verwaltung anlässlich der Gültigkeitsprüfung nicht zugegangen sind, sind von der Trägerin oder Dritten nach Abschluss des Eintragungszeitraums unverzüglich datenschutzgerecht zu vernichten.

.....
Nicht vom Unterzeichner oder von der Unterzeichnerin auszufüllen!

Amtliche Bescheinigung:

Bezirksamt _____ von Berlin - Bezirkswahlamt -

Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin

ist unterschriftsberechtigt

ist nicht unterschriftsberechtigt, weil _____

Dienstsiegel

Begründung in Kurzform

Im Auftrag _____